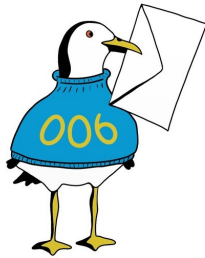


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

und **ein frohes neues Jahr!** Ich hoffe, Sie konnten die Festtage trotz der immer noch geltenden Maßnahmen gegen das Coronavirus einigermaßen besinnlich und festlich erleben und haben zuversichtlich in das inzwischen angebrochene Jahr starten können. Für mich begann in dieser Woche meine **diesjährige Parlamentsarbeit in Berlin**. Wie überall im Lande die Arbeit digitalisiert wurde, ist es auch im Bundestag "ruhiger" geworden.

Sind in den Sitzungswochen standardmäßig die Tage von Dienstag bis Freitag als Präsenztage vorgesehen, an denen wir Mitglieder des Bundestages verpflichtet sind teilzunehmen, waren **diese Woche nur der Mittwoch und der Donnerstag Pflichttage**. Auch das mag noch zu viel sein, schließlich sollen wir Abgeordneten ebenso zu Hause bleiben, wie alle anderen Menschen in unserem Land. **Aber dennoch, es hilft nichts: Gesetze müssen geschrieben und abgelehnt oder beschlossen werden.**

Neben der parlamentarischen Arbeit hat mich in dieser Woche natürlich auch die Wahl eines neuen CDU-Vorsitzenden beschäftigt. Wie sich vielleicht einige von Ihnen erinnern, wurde der ordentliche Parteitag am Anfang Dezember letzten Jahres aufgrund des neuen Lockdowns verschoben. Nach langem hin und her, findet heute und morgen **unser erstmalig gänzlich digitaler Parteitag** statt.



Als Delegierte meines Landesverbandes Schleswig-Holstein **nehme ich am Parteitag teil** und muss meine Stimme jenem Kandidaten geben, dem ich das Amt des Vorsitzenden am ehesten zutraue. Also hat sich für mich bereits seit längerem die Frage gestellt, welcher der drei bekannten Kandidaten denn nun meine Stimme erhalten wird. Das war weißgott keine einfache Entscheidung. Schließlich geht es ja nicht einfach nur um eine Personalentscheidung, **sondern auch um die Frage nach der inhaltlichen Ausrichtung unserer Partei und damit auch um die Zukunft Deutschlands und Europas!**

Nach vielen Gesprächen und einer Zeit des Abwägens **habe ich mich entschlossen Norbert Röttgen aktiv zu unterstützen** und als Delegierte des Parteitages für ihn zu stimmen. Norbert Röttgen verfügt über langjährige Erfahrungen als **Bundesminister** und im **parlamentarischen Betrieb**. Mit ihm als Vorsitzenden werden wir geeint und gestärkt in den kommenden Wahlkampf starten. Dabei müssen wir uns auf politische Inhalte konzentrieren und den



Menschen zeigen, dass wir als CDU den Anspruch und die Kompetenz haben, **unser Land auch nach der nächsten Bundestagswahl zu regieren.**

Und ein weiterer wichtiger Grund spricht für ihn: Norbert Röttgen verfügt über langjährige Erfahrungen in der Außenpolitik, die in der Zukunft wieder stärker gefragt zu werden scheint. **Ob die USA weiterhin ihren Führungsanspruch in der westlichen Welt beanspruchen** wird und wie wir auf **den Vormarsch Chinas** zu antworten haben, werden in den kommenden Jahren wichtige Themen.

Nun möchte ich Ihnen aber von meiner parlamentarischen Arbeit der nun endenden Woche berichten und wünsche Ihnen **viel Spaß bei der Lektüre!**

- In eigener Sache - Einige Anmerkungen zur Nationalen Impfstrategie

Wurden **viele Impfzentren bereits Mitte Dezember letzten Jahres errichtet**, begann kurz vor Silvester die lang ersehnte Impfphase. Mit dieser erreichen wir nun hoffentlich endlich den letzten Zeitabschnitt der COVID-19-Pandemie. Die Bundesregierung ließ verlauten, dass **die breitflächige Impfung der Bevölkerung oberste Priorität im Kampf gegen die anhaltende Pandemie** genießt. Dementsprechend ist das öffentliche Interesse an der Impfkampagne riesig.

Wie die meisten inzwischen mitbekommen haben, verlief der **Impfbeginn** nicht gerade reibungslos:

Impfzentren waren schnell überlastet, häufig fehlte das Impfmittel und die Kommunikation zwischen den betreffenden Ämtern und Behörden. Das war natürlich Gegenstand medialer Kritik. **An der Debatte** um die Frage, wer jetzt für die Probleme verantwortlich gemacht werden soll – etwa die Bundesregierung, die Europäische Kommission oder die Impfstoffhersteller –, **möchte ich mich nicht beteiligen.**



Ich möchte an dieser Stelle aber Auskunft über die **Nationale Impfstrategie** geben, wie sie gemeinsam von **Bundesregierung und dem Robert-Koch-Institut** ausgearbeitet wurde. Dabei kann ich mich natürlich nur sehr knapp auf die einzelnen Punkte beziehen. Wer genaueres zur Nationalen Impfstrategie wissen möchte, kann sich [hier](#) näher informieren.

Der Impfstoff und seine Entwicklung

Insgesamt **befinden sich derzeit circa 200 Impfstoffe in der Entwicklung.** Damit diese in Europa zugelassen werden können, muss deren Entwicklung **festgelegten fünf**

Phasen folgen. Dies gewährleistet, dass der Impfstoff einerseits wirksam, andererseits ungefährlich ist. Alle Impfstoffe, die in der EU zugelassen werden, wurden zuvor von der **Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA)** geprüft. Da die EMA genauere Daten verlangt, als beispielsweise die **nationalen Arzneimittelbehörden** in den **USA** und dem **Vereinigten Königreich** ist der Grund dafür, dass die Impfstoffe erst später bei uns zugelassen wurden.

Häufig wurde im Zusammenhang mit der Impfstoffentwicklung die Schnelligkeit angemahnt, mit der dieser entwickelt und zugelassen wurde – entgegen der **Standardzulassungsprozedur**, die in der Regel mehrere Jahre in Anspruch nimmt.



Hier greift ein **in allen modernen Staaten bereits vor jahrzehnten vorgesehenes Schnellzulassungsverfahren**: Das heißt nicht, der Impfstoff werde weniger intensiv geprüft, sondern, dass die Untersuchungsergebnisse nicht erst langwierig durch das jeweilige Unternehmen gesammelt, zusammengefasst und den Behörden präsentiert werden muss, **sondern in Echtzeit an die entsprechenden Stellen gehen.**

Und die Langzeitfolgen?

Ein vermeintlich häufig vorgebrachter Vorwurf gegen eine frühzeitige Zulassung des Impfstoffes ist die große Unbekannte, nämlich die **Langzeitfolgen**. Nun ist hierbei anzumerken, dass es sich bei der Anticoronaimpfung um eine **mRNA-Impfung** handelt. Das heißt: Der Impfstoff enthält mit der mRNA einen Teil des **Virusgencodes**, der es dem geimpften Körper ermöglicht, den Bauplan des COVID-19-Virus zu erkennen und effektiv zu bekämpfen. **Das mRNA wird dabei sehr schnell durch den Körper abgebaut.** Dabei handelt es sich um eine Impfform, die schon lange bei anderen Krankheiten eingesetzt wird. **Die große Unbekannte ist damit eher eine sehr kleine Unbekannte.**

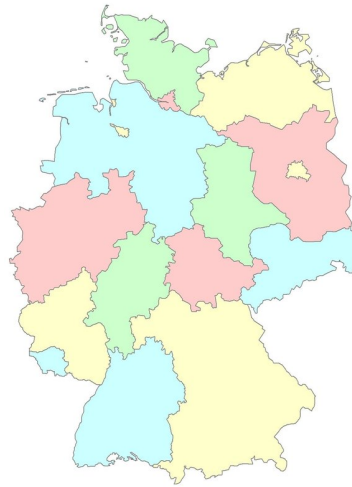


Das heißt nicht, dass Langzeitfolgen zu 100% ausgeschlossen werden können. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass es zu Folgen kommen wird, die in den Untersuchungen während der Entwicklung nicht erkannt wurden! **Zumindest sind sich unsere Mediziner sich, dass keiner der zugelassenen Impfstoffe zu Unfruchtbarkeit oder Genmutationen führen wird.**

Beschaffung und Verteilung

Die Impfstoffe für Deutschland werden durch den Bund über einen gemeinsamen **EU-Beschaffungsmechanismus** erworben. Die EU hat für alle Mitgliedsstaaten **insgesamt 800 Millionen Impfdosen gesichert**. Damit wird uns im Laufe des Jahres genügend Impfstoff für jeden europäischen Bürger zur Verfügung stehen. Verteilt werden die Impfstoffdosen **entsprechend der Bevölkerungsanzahl der jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten**. In Deutschland

wiederum wird die Impfung durch die **Bundesländer und die Kommunen** erfolgen: Diese sind für die Errichtung von Impfböden und das Impfen selbst zuständig.



Wer wird wann geimpft?

Noch vor Beginn der Impfung war klar, dass es erst einmal nicht genügend Impfstoffe für alle Bürgerinnen und Bürger geben wird. Um hier konkret und präzise vorzugehen und gerade denen zu helfen, die im besonderen Maße durch die COVID-19-Pandemie bedroht sind, die **Coronahotspots** abzusichern und die **systemrelevanten Berufsgruppen** – etwa Polizisten, Feuerwehrleute und Angestellte im Lebensmitteleinzelhandel –, zu schützen, wurde eine **Prioritätenliste** entworfen. Diese gibt an, wann welche Personengruppen geimpft wird, **um sicher, aber auch wirksam** bei der Impfung vorzugehen.

Trotz aller Kritik an der Durchführung der Impfkampagne, bin ich überzeugt, dass die Nationale Impfstrategie einen **wichtigen Leitplan** darstellt, anhand dessen wir einem Ausweg aus der herrschenden COVID-19-Krise schaffen werden. **Ich hoffe, ich konnte Ihnen Vorbehalte nehmen und zur Aufklärung beitragen.**

Die Woche im Bundestag

Keine Kultur dem Antisemitismus

Trotzdessen wir eine plurale Gesellschaft sind, in der unterschiedliche Wertevorstellungen koexistieren – mal in gegenseitiger Akzeptanz, mal im Reibungsverhältnis –, **gehört es zum über die Parteien und Weltanschauungen hinaus reichenden Konsens, dass Antisemitismus in keiner Art und Weise zu dulden ist!**



Wenn wir an **Antisemitismus** denken, denken wir meist an Rechtsextreme. Kein Wunder, gilt doch der Nationalsozialismus nicht nur als der Tiefpunkt unserer deutschen Geschichte, sondern auch als beispielloses Verbrechen in der Weltgeschichte. Das darf jedoch nicht über **andere Formen des Antisemitismus** hinwegtäuschen, die meist weniger deutlich, explizit und offensiv daherkommen. Häufig versteckt sich dieser unter dem Deckmantel der **Israelkritik** und des **Antizionismus** – also die **Ablehnung des jüdischen Staates** als solchen. Dieser hinter Israelkritik versteckte Antisemitismus ist nicht nur bei Rechtsextremen beheimatet, **sondern findet sich gerade auch in islamistischen und linken Kreisen.**

Von besonderer Bedeutung ist die



Kampagne BDS, was für Boycott, Divestment and Sanctions, also Boykott, Desinvestition und Sanktionen steht. BDS hat es sich zur Aufgabe gemacht, **den Staat Israel politisch, ökonomisch und wirtschaftlich zu isolieren**, indem man zu kulturellen und ökonomischen Boykotten aufruft. So wurden in der Vergangenheit bereits Künstler wie Jennifer Lopez, Jon Bon Jovi oder Carlos Sanstana dazu gedrängt, **ihre Auftritte in Israel abzusagen**.

Wäre das nicht als solches schon abscheulich genug, musste ich leider feststellen, dass die **BDS-Kampagne** weitreichende Unterstützung in unserer Gesellschaft erfährt – auch in den bundesdeutschen und mit Steuergeldern finanzierten Kulturbetrieb! Am 17. Mai 2019 hatte der Deutsche Bundestag mit Stimmen der Unionsfraktion und den Fraktionen von SPD, FDP und den Grünen beschlossen, sich klar gegen die BDS-Kampagne zu stellen. Eineinhalb Jahre später (!) nun wendet sich die sogenannte **"Initiative GG 5.3 Welttoffenheit"** mit einem Plädoyer an die Öffentlichkeit und bekennt eine vermeintliche Sorge um die Meinungsvielfalt. Denn ihrer Auffassung nach würde die Bundestagsresolution dazu führen, dass wichtige Stimmen und kritische Positionen nicht anerkannt werden würden. **Unterzeichnet wurde diese Initiative auch von Intendanten öffentlich finanzierter Kultureinrichtungen, Geschichtswissenschaftlern und Museumsdirektoren.**

Keiner der Unterzeichner ist im Vorfeld auf uns Kulturpolitiker zugegangen und hat das Gespräch gesucht. Keiner von ihnen hat die Möglichkeit einer Diskussion gesucht. Vielmehr, so scheint es meinen Kollegen und mir, **ging es um das öffentliche Aufsehen, nicht um Lösungs- oder Kompromissuche**. Es ging uns in unserer Abstimmung auch nie darum, dass Kritik an israelischer Politik als per se antisemitisch betrachtet werden soll!



Aber im Falle der BDS-Kampagne handelt es sich eben **nicht um legitime Kritik an etwa der Siedlungspolitik Israels!** So werden etwa muslimische Bürger Israels dezidiert von BDS-Boykottaufrufen ausgenommen und **nur jüdische Israelis sollen Ächtung erfahren!** Das ist – man muss es offen sagen – **Antisemitismus!**

Es ist erschreckend, wie undifferenziert und pauschal Intellektuelle und kulturell wie historisch gebildete Personen sich auf die Seite jener schlagen, **die unverhohlen eine gegen Juden gerichtete politische Kampagne unterstützen**. Hier muss ganz klar die Grenze aufgezeigt werden! Ich werde mit meinen Kollegen aus der Kulturpolitik in den nächsten Jahren auch weiter gegen solche Tendenzen im bundesdeutschen Kultur- und Wissenschaftsbetrieb vorgehen...denn dies scheint immer drängender zu werden.

Islamismus im Netz und die Gefahr für Jugendliche

Eigentlich ist die Binsenweisheit, dass **auf eine Aktion eine Reaktion folgt**, kaum erwähnenswert, so offensichtlich und selbstverständlich ist sie. Dennoch, die Beachtung dieses Prinzips wird häufig außer Acht gelassen, wenn wir uns bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen und Tendenzen anschauen und diese analysieren wollen. Nun können wir am Beispiel des **wachsenden Islamismus** aber genau dieses Prinzip erfolgreich beobachten!

Es ist zu beobachten, dass **Muslimfeindlichkeit** zunehmend von

Islamisten instrumentalisiert wird: Dort, wo gerade junge Muslime mit **antimuslimischen Aktionen** konfrontiert werden, können Islamisten anknüpfen, indem sie Raum für Frustbewältigung bieten, den sie dann zunehmend mit Vorstellungen des **"richtigen Islams"** und den damit verbundenen Rollen- und Wertevorstellungen anreichern. Gerade im islamistischen Umgang mit dem Anschlag in Hanau zeigt sich dies. Dorthingehend heißt es aus islamistischen Kreisen nämlich, die Tat beweise, dass ein friedliches Leben für Muslime in Deutschland nicht mehr möglich sei. Doch seien die Muslime in Deutschland diesem nicht schutzlos ausgeliefert, sondern – **so die Islamisten** – es sei notwendig, **starke muslimische Gemeinschaften aufzubauen**.



Der **Islamismus kommt im digitalen Raum** häufig jung, dynamisch und hip daher, seine Anhänger präsentieren sich als jugendnah und 'Underdogs', die gegen die in ihren Augen verkommene Gesellschaft des Westens mit ihren Freiheiten und Werten anstreiten. Gerade diese Kombination aus **ansprechenden Designs, jugendlicher Ästhetik und Rebellentum** wirkt auf viele Jugendliche ansprechend und das nicht nur bei muslimischen Jugendlichen. Es wird daher höchste Zeit, dass das **Jugendmedienschutzgesetz** verabschiedet wird, um unsere Kinder und Jugendlichen nicht nur vor Gewalt und Pornographie zu schützen, sondern ebenso vor politischem und religiösem Extremismus!

Corona-Teilhabefonds für Integrationsstätten

Einrichtungen der **Behindertenhilfe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen** waren in den vergangenen Monaten hart von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen. Auch rund **900 Inklusionsbetriebe**, in denen Menschen mit Schwerbehinderung arbeiten, hatten und haben mit Schließungen und Umsatzausfällen zu kämpfen. Im vergangenen Jahr haben wir uns als CDU/CSU-Fraktion daher intensiv und erfolgreich dafür stark gemacht, dass Sozialunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe Zugang zu **Rettungsmaßnahmen** wie KfW-Sonderprogrammen und Überbrückungshilfen erhalten. Zuletzt haben wir mitbewirken können, dass die November- und Dezemberhilfen für Unternehmen auch auf die Inklusionsbetriebe zugeschnitten werden.

Unabhängig davon konnten vor allem zu Beginn der Krise viele Sozialunternehmen nur eingeschränkt oder gar nicht von diesen Corona-Hilfen profitieren. Der Deutsche Bundestag hatte daher bereits im Juni 2020 beschlossen, für die genannten **Institutionen 100 Millionen Euro bereit zu stellen**. Dazu hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nun eine Förderrichtlinie erlassen und Verwaltungsvereinbarungen mit den Bundesländern getroffen. Seit dem 1. Januar 2021 kann die **Hilfe beim Integrationsamt des jeweiligen Bundeslandes** für den Zeitraum September 2020 bis März 2021 beantragt werden. Es freut mich sehr, dass wir diesen so wichtigen Betrieben helfen und damit zeigen, dass auch eine Krise wie die

Eckpunkte der in einer Richtlinie geregelten Förderung sind unter anderem:

- Zuschüsse aus dem Corona-Teilhabefonds bestehen aus einer Liquiditätsbeihilfe in Höhe von **90 Prozent der betrieblichen Fixkosten**, die nicht durch die Einnahmen gedeckt sind.
- Die Beihilfe ist nicht von der Anzahl der Beschäftigten oder der Betriebsgröße abhängig und **kann im Einzelfall bis zu 800.000 Euro betragen**.
- **Erstattungsfähig sind auch Personalaufwendungen**, die nicht durch

derzeit herrschende uns nicht davon abhält, **uns für die Inklusion von Menschen mit Behinderung einzusetzen**. Es würde mich freuen, wenn Sie Freunden und Bekannten, die mit solchen Hilfseinrichtungen zu tun haben, auf die Extraförderung hinweisen könnten. Hierfür habe ich einige der **Förderbedingungen** aufgelistet und möchte Sie auf die entsprechende [Internetseite](#) hinweisen.

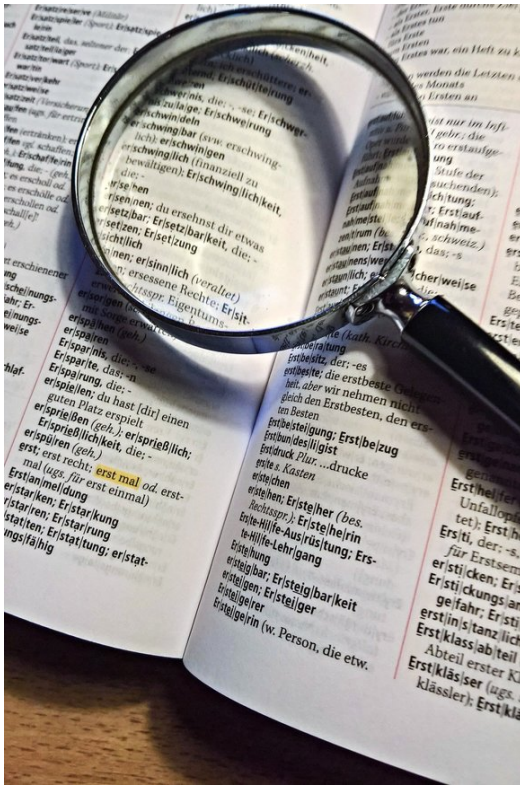
Kurzarbeitergeld oder anderweitig gedeckt sind.

- Die Förderung ist ausgeschlossen, wenn der Liquiditätsengpass bereits durch eine andere staatliche Förderung ausgeglichen ist.
- Die **Auszahlung der Liquiditätsbeihilfe erfolgt unverzüglich** nach der Bewilligung.

Die Woche im Plenum

Wider die Sprachpolizei

Eine der geschichtsträchtigen und kulturell wichtigsten Einrichtungen Frankreichs ist die *Académie française*, die im 17. Jahrhundert gegründet wurde, um die französische Sprache zu vereinheitlichen und zu pflegen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Vorgabe von Schreib- und Sprechweisen im Französischen. Eine vergleichbare Institution gibt es in Deutschland nicht. Und das, so will ich meinen, ist ein Glück! Denn zur **kulturellen wie auch politischen DNA** gehört **unser Föderalismus**, um auch der **kulturellen wie sprachlichen Vielfalt der zahlreichen Regionen und Ländern Deutschlands** gerecht zu werden.



Natürlich gibt es immer wieder Diskussionen um den **Stellenwert unserer Sprache**, gerade ob dessen Bedeutung im Grundgesetz festgelegt werden soll. Das ist nicht nur berechtigt, sondern eine sehr wichtige Debatte – in Zeiten der Globalisierung **müssen auch die regionalen wie nationalen Identitäten bewahrt werden**. Nun hat die AfD am gestrigen Tag einen Antrag zur Abstimmung in den Deutschen Bundestag eingebracht, der, wie so häufig, **auf dem ersten Blick** vernünftig und nachvollziehbar scheint, **auf dem zweiten Blick** aber so gleich seine feindselige Fratze unverhohlen präsentiert! Diesen neuerlichen Versuch, die **nationale Identität als Mittel der Verurteilung des Anderen** zu nutzen, habe ich in meiner gestrigen Rede scharf kritisiert. Dass es Bürger mit Migrationshintergrund gibt, die häufig noch die Aussprache ihrer Eltern nutzen, wenn sie deutsch sprechen oder dass es Berliner Cafés gibt, in denen die Geschäfts- und Verkehrssprache Englisch ist, hat den Staat nichts anzugehen.

Kulturellen Verlustängsten ist nicht mit dem Verbot des Fremden oder Abweichenden zu begegnen, sondern mit der **Stärkung des Eigenen**, das man selbstbewusst und mit Respekt anderen gegenüber vertreten kann und soll! Wie

gewohnt, können Sie sich **meine Rede** angucken, wenn Sie [hier](#) auf den Link klicken.



Erleichterung von Steuerabgaben



Ein Thema, das nie alt wird, ist das der **Steuer**. Es ist auch immer ein wenig schönes Thema, mit dem sich auseinanderzusetzen auch mir weder als Bürgerin, noch als Politikerin angenehm ist. Aber was muss, das muss. Und so mussten wir uns im Deutschen Bundestag in dieser Woche damit beschäftigen, ob und inwiefern die COVID-19-Pandemie auch Auswirkung auf die **Abgabe von Steuererklärungen** hat und inwieweit diesem Umstand politisch Rechnung zu tragen ist.

Meine Kollegen in der Unionsfraktion und ich sind uns sicher, dass eine sachgerechte und gleichmäßige Beratung durch **Angehörige der steuerberatenden Berufe** ausreichend Zeit in Anspruch nimmt. Diese Arbeit wird derzeit durch die COVID-19-Pandemie maßgeblich erschwert und lässt eine zeitnahe Abgabe der Steuererklärung kaum zu. Um hier Abhilfe zu schaffen, haben wir im Bundestag beschlossen, **die Abgabefrist der durch Steuerberater erstellten Steuererklärungen für das Jahr 2019 bis zum 31. August 2021 zu verlängern!**

Ich wünsche Ihnen die beste Gesundheit und kommen Sie gut durch den Kältemonat Januar!

Ihre

Melanie Bernstein

Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? [Schreiben Sie mir!](#)



Auch auf meiner [Facebook-Seite](#) finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann

15.1.2021

Post für 006 - 15. Januar 2021

schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

* **Bildrechte:**[Pixabay.com](https://pixabay.com), facebook.com

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.